

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Inlandspreise für Kohle und Stahl.

Der Bundestag wolle beschließen,

die Bundesregierung zu ersuchen, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die zu einer Erhöhung des Inlandspreises für Kohle und des Stahlpreises führen.

Der Bundestag bringt zum Ausdruck, daß die Bundesregierung nicht berechtigt ist, die Preiserhöhung für Kohle und für Stahl auf dem Wege einer Rechtsverordnung durchzuführen.

Bonn, den 24. November 1950

Renner und Fraktion